Steueranreize für das Offshore-Bankgeschäft

Dr Alexander Ressos, TEP
Attorney-at-Law (Switzerland and Germany),
Solicitor (England & Wales and Hong Kong)
Of Counsel, KGP Legal LLC
alexander.ressos@kgplegal.com.sg
www.ressos.com.sg

Die Quellensteuerbefreiung von 1968

Der erste und wichtigste Anreiz betraf die Steuer auf Zinsen. Vor Oktober 1968 erhob Singapur auf Zinsen, die an Gebietsfremde für Fremdwährungseinlagen gezahlt wurden, eine Quellensteuer von 40 Prozent. Um den neuen Markt dem Eurowährungsmarkt gleichzustellen, befreite die Regierung die Zinsen von der Quellensteuer, die an Gebietsfremde gezahlt wurden, wenn sie Einlagen bei Banken mit einer Lizenz für Fremdwährungsgeschäfte unterhielten. Ngiam beschreibt diese Maßnahme als den Akt, mit dem die ACU entstand.[1]

Die Befreiung stand unter einer Bedingung, die ihren Zweck widerspiegelte. Nach Chia waren Zinsen, die Gebietsfremde aus Einlagen bei zugelassenen Banken erzielten, ab 1968 von der Einkommensteuer befreit, sofern der Gebietsfremde in Singapur weder eine Geschäftstätigkeit ausübte noch eine Betriebsstätte unterhielt.[2] Die Vergünstigung sollte also Geld aus dem Ausland anziehen, ohne die inländische Steuerbasis auszuhöhlen. Ein gebietsfremder Einleger, der Mittel in Singapur anlegte, zahlte dort keine Steuer auf die Zinsen. Eine Gesellschaft aus Singapur mit derselben Einlage blieb steuerpflichtig.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Der Vorzugssatz von 10 Prozent aus dem Jahr 1973

Der zweite Anreiz betraf die Gewinne der Banken selbst. Im Januar 1973 wurde die Steuer auf Bankgewinne aus Offshore-Krediten in Asiendollar von 40 auf 10 Prozent gesenkt, während Gewinne aus Krediten an Gebietsansässige weiterhin mit 40 Prozent besteuert wurden.[3] Chia, der 1977 schrieb, nennt die Vorschrift Section 43A des Income Tax Act.[4] Die Vergünstigung erfasste zunächst Kredite an gebietsfremde Kreditnehmer. Nicht erfasst waren die Interbankgeschäfte zwischen ACUs in Singapur. Sie wurden mit 40 Prozent besteuert, während Geschäfte mit Banken im Ausland in den Genuss des Satzes von 10 Prozent kamen.

Diese Ungereimtheit führte zu einem zweistufigen Kursstellungssystem, das den Handel zwischen ACUs innerhalb Singapurs behinderte. Im Februar 1977 kündigte die Regierung an, den Satz von 10 Prozent auf alle Offshore-Einkünfte der ACUs auszudehnen, ausgenommen Devisengewinne und Einkünfte aus Geschäften mit Domestic Banking Units und Gebietsansässigen. Die Ausdehnung erfasste Geschäfte zwischen ACUs sowie den Handel mit handelbaren Einlagenzertifikaten, Bankakzepten und Asiendollaranleihen. Sie galt ab dem Veranlagungsjahr 1978.[5] In Chias Aufstellung von 1977 blieben Einkünfte aus Interbankgeschäften mit Domestic Banking Units, aus Krediten an gebietsansässige Nichtbanken und aus Devisengeschäften mit 40 Prozent steuerpflichtig.

Stempelsteuern, Nachlasssteuern und Liquiditätsvorschriften

Eine Reihe kleinerer Maßnahmen beseitigte weitere Reibungen. Im Januar 1972 schafften die Behörden die Liquiditätsquote von 20 Prozent ab, die lizenzierte Banken am Asiendollarmarkt gegenüber ihren Einlagen vorhalten mussten. Im März 1972 entfiel die Stempelsteuer auf Wechsel, Einlagenzertifikate und Solawechsel. Im Juni 1973 wurde auf Stempelsteuern für Offshore-Kreditverträge verzichtet. Drei Jahre später wurden Fremdwährungseinlagen Gebietsfremder von der Nachlasssteuer befreit. Weitere Vergünstigungen, angekündigt im März 1976, unterwarfen Provisionen aus Offshore-Akkreditiven einem Satz von 10 Prozent und befreiten Asiendollaranleihen im Besitz Gebietsfremder von der Nachlasssteuer.[6]

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Die Befreiung von der Nachlasssteuer verdient in einem Buch über Vermögensverwaltung Beachtung. Ein vermögender Einleger aus Indonesien oder Thailand, der mit einer Einlage in Singapur verstarb, hätte seine Erben sonst der Nachlasssteuer Singapurs ausgesetzt. Die Befreiung beseitigte dieses Risiko und machte Singapur zu einem sichereren Ort für liquides Familienvermögen. Im Kleinen nahm sie die spätere Strategie vorweg, Privatvermögen anzuziehen, die die Kapitel D.V und E.III untersuchen. Singapur hat die Nachlasssteuer für alle Todesfälle ab dem 15. Februar 2008 abgeschafft.[7]

Steuerplanung an der Grenze

Wo zwei Steuersätze aufeinandertreffen, folgt die Steuerplanung. Chias Papier von 1977 legt mit ungewöhnlicher Offenheit dar, wie Banken ihre Geschäfte gestalten konnten, um Einkünfte unter die Vergünstigung zu bringen. Eine Bank, die einer Gesellschaft in Singapur eine Million Dollar leihen wollte, konnte das Geld stattdessen einer Offshore-Gesellschaft leihen. Diese legte es wieder bei der ACU der Bank ein, von der aus die Bank dann den gebietsansässigen Kreditnehmer finanzierte. Die Marge aus dem Offshore-Kredit wurde mit 10 Prozent besteuert, während der inländische Teil keine steuerpflichtige Marge erzeugte. Die Stempelsteuer auf Kreditverträge ließ sich vermeiden, indem man die Dokumente in Johor Bahru oder Hongkong unterzeichnete. Ein Kredit über 10 Millionen US-Dollar hätte sonst eine Stempelsteuer von 122.500 Singapur-Dollar ausgelöst.[8]

Die Behörden reagierten auf solche Gestaltungen zum Teil, indem sie die Abgaben senkten, die die Umgehung lohnend machten. Ein Beispiel ist die spätere Änderung des Stamp Duty Act, die die Abgabe auf solche Kreditverträge auf 500 Singapur-Dollar begrenzte. Das Muster kehrt in späteren Kapiteln dieses Buches wieder. Singapur hat es im Allgemeinen vorgezogen, mit niedrigen und klaren Sätzen in Verbindung mit Substanzanforderungen zu konkurrieren, und hat diese Anforderungen verschärft, wenn es Missbrauch sah. Die Anreize für Family Offices, die Kapitel E.III erörtert, folgen derselben Logik.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Von Section 43A zum Financial Sector Incentive

Der Vorzugssatz für ACU-Einkünfte blieb mehr als drei Jahrzehnte lang der Kern der Steuerpolitik Singapurs für das Bankwesen. Schließlich ging er im Financial Sector Incentive auf, einem Förderprogramm, nach dem zugelassene Gesellschaften auf Einkünfte aus begünstigten Finanztätigkeiten ermäßigte Sätze zahlen. Section 43J des Income Tax Act 1947 sieht für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Januar 2004 erzielt werden, Vorzugssätze von 5, 10, 12 oder 13,5 Prozent vor. Änderungen aus dem Jahr 2025 führten für Gesellschaften, die am oder nach dem 19. Februar 2025 zugelassen werden, einen Satz von 15 Prozent ein.[9] Ein Satz von 15 Prozent entspricht der globalen Mindeststeuer für große Gruppen, die den Wert sehr niedriger Vorzugssätze schmälert. Die Linie vom Satz von 10 Prozent aus dem Jahr 1973 zum Financial Sector Incentive ist direkt.[10]

Anmerkungen

1. Bernauer, „The Asian Dollar Market“, S. 48: „the government of Singapore in October 1968 exempted from withholding tax the interest paid to non-residents placing deposits with banks in Singapore licensed to deal in foreign currencies. Before this change, the withholding tax payable on deposit interest for non-resident deposits in foreign currencies was 40 percent.“. Ngiam, „Singapore as a Financial Center“, S. 359: Die Einheit „was created by removing the withholding tax on interest paid to nonresidents for the placement of foreign currency deposits“. ↩
2. Chia, „Tax Implications and the Asian Dollar Market“, (1978) 20 *Mal LR* 16, S. 18: „since 1968 interests derived from deposits by non-residents in approved banks in Singapore are exempt from income tax. However, the non-resident institution must not carry on a business in Singapore or have a permanent establishment in Singapore.“ ↩
3. Bernauer, „The Asian Dollar Market“, S. 48: „in January 1973, the tax on bank profits from Asian dollar offshore loans was cut from 40 percent to 10 percent, while the tax on the profits of Asian dollar loans to local residents

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

remained at 40 percent“; ebenso Ngiam, „Singapore as a Financial Center“, S. 359, Fußnote 2. ↩

4. Chia, „Tax Implications and the Asian Dollar Market“, (1978) 20 *Mal LR* 16, S. 22, wo ein Beispiel die „Tax at 10% under Section 43A“ berechnet. ↩
5. Chia, „Tax Implications and the Asian Dollar Market“, (1978) 20 *Mal LR* 16, S. 19 und 23: Im Februar 1977 wurde die Vorzugssteuer von 10 Prozent ausgedehnt, „to cover all offshore income of ACUs other than exchange profits and income from transactions with domestic banking units and residents“, mit Wirkung ab dem Veranlagungsjahr 1978; Wegfall der „2-tier quote“ zugunsten eines einheitlichen Satzes von 10 Prozent. ↩
6. Bernauer, „The Asian Dollar Market“, S. 48 und 50, zur Aufhebung der Stempelsteuer auf Wechsel, Einlagenzertifikate und Solawechsel im März 1972, zum Verzicht auf Stempelsteuern für Offshore-Kreditverträge im Juni 1973, zur Nachlasssteuerbefreiung drei Jahre später und zur Abschaffung von „the 20 percent liquidity ratio that licensed banks operating in the Asian dollar market were required to hold against deposits“ im Januar 1972. Chia, „Tax Implications and the Asian Dollar Market“, (1978) 20 *Mal LR* 16, S. 18–19, zu den im März 1976 angekündigten Vergünstigungen für Offshore-Akkreditive und zur Nachlasssteuerbefreiung für Asiendollaranleihen, die Gebietsfremde erwarben, und für deren Einlagen bei ACUs. ↩
7. Die Nachlasssteuer wurde in Singapur für Todesfälle am oder nach dem 15. Februar 2008 abgeschafft; siehe Inland Revenue Authority of Singapore, „Estate duty“ (iras.gov.sg). ↩
8. Chia, „Tax Implications and the Asian Dollar Market“, (1978) 20 *Mal LR* 16, S. 21–22 (Illustration 1), zur Leitung eines Kredits über 1 Million S$ über eine Offshore-Gesellschaft, um den Satz von 10 Prozent zu erreichen, und zur daraus folgenden „Tax saving $ 6,000“. Chia, „Tax Implications and the Asian Dollar Market“, (1978) 20 *Mal LR* 16, S. 22–23 (Illustration 3): „A US$10 million loan would attract S$122,500 stamp duty“, was sich durch Unterzeichnung der Dokumente „in Johore Bahru or Hong Kong“ vermeiden

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

ließ; eine spätere Änderung des Stamp Duty Act begrenzte die Abgabe auf 500 S$. ↩

9. Income Tax Act 1947, s. 43J („Concessionary rate of tax for financial sector incentive company"), wiedergegeben auf lawplayer.com (abgerufen im November 2026): s. 43J(1)(a) Sätze von „5%, 10%, 12% or 13.5%" für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Januar 2004 erzielt werden; s. 43J(1)(b) Satz von 15 Prozent für Gesellschaften, die am oder nach dem 19. Februar 2025 zugelassen werden (Act 25 of 2025). ↩

10. Zur Ablösung des ACU-Vorzugssatzes nach s. 43A des Income Tax Act durch das Financial Sector Incentive ab 2004 siehe das Budget Statement 2004 und die einschlägigen IRAS-Rundschreiben. ↩

Disclaimer

This article is provided for general information only. It is based on publicly available sources as at its date of publication. These sources have not been independently verified against licences, regulatory registers or the records of the entities concerned. It is not legal, tax, financial or investment advice. Nor is it a recommendation to invest in, transact with or use the services of any entity mentioned. Law and regulation change frequently, so the content may be incomplete or outdated. To the fullest extent permitted by law, Dr Alexander Ressos and the publisher of SingaporeIQ exclude all liability for loss or damage arising from the use of or reliance on this article. Readers should obtain advice on their specific circumstances before acting or refraining from action.

Names and trademarks of the entities discussed belong to their owners and are used for identification only. Their mention implies no endorsement, affiliation or allegation of wrongdoing. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. Corrections and updates: contact@ressos.com.

© 2026 Dr Alexander Ressos. This article may be quoted with attribution to SingaporeIQ (SingaporeIQ.com). Reproduction in full and any commercial use require prior written consent. The Legal Terms at https://singaporeiq.com/legal-terms apply.

Author contact: Dr Alexander Ressos, TEP · contact@ressos.com

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.